

INHALT

Vorbemerkungen	5
1. Rechtsquellen, Verfahren und Begriffserläuterungen	7
1.1. Rechtsquellen und Verfahren	7
1.1.1. Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten	7
1.1.2. Minderheiten-Namensänderungsgesetz	7
1.1.3. Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen	8
1.1.4. Das Überprüfungsverfahren nach dem Rahmenübereinkommen	9
1.2. Begriffserläuterungen	10
1.2.1. Nationale Minderheit	10
1.2.2. Das sorbische Volk und seine Angehörigen	13
1.2.3. Die sorbischen Sprachen	15
1.2.4. Die sorbischen Namensusanzen	15
1.2.5. Daraus sich ergebende Wünsche der Sorben an die Rechtsordnung	17
2. Die Position des Europarates	19
2.1. Die Position des Europarates zum Cottbuser Ausgangsverfahren	19
2.2. Die Reichweite der Verpflichtung der Mitgliedstaaten nach Art. 11 Abs. 1 des Rahmenübereinkommens	20
3. Fragestellungen nach deutschem Recht	24
3.1. Regelungen über die Nachnamen von Eheleuten, im Eltern-Kind-Ver- hältnis und in Bezug auf geschlechts- und personenstandsdifferenzierte Nachnamen	24
3.1.1. Deutsche Staatsangehörige	24
3.1.2. Ausländische Staatsangehörige	27
3.1.3. Ablegung der Suffixe bei Spätaussiedlern	28
3.2. Zwischenergebnis zum deutschen Recht	29
3.2.1. Gibt es dem sorbischen Wunsch entgegenstehende systemtragende Grundsätze?	30
3.2.2. Gibt es dem sorbischen Wunsch entgegenstehende Gründe unter dem Aspekt einer praktikablen Rechtsanwendung?	31
3.2.3. Der allgemeine Gleichheitssatz als Prüfungsmaßstab	31
3.2.4. Das deutsche Recht im Licht des Rahmenübereinkommens	32
4. Fragestellungen zur Lösung des Problems	33
4.1. Ist das Problem durch Auslegung zu lösen?	33
4.2. Ist das Problem durch Anwendung des Namensänderungsgesetzes zu lösen?	35

4.3.	Ist das Problem durch eine Direktanwendung des Rahmenübereinkommens oder der Sprachencharta zu lösen?	36
5.	Rechtspolitische Erinnerungen	38
5.1.	Bedeutung der Minderheiten	38
5.2.	Vertragstreue Deutschlands zur europäischen Minderheitenpolitik	40
6.	Exkurse	41
6.1.	Die Liberalität und Weisheit Preußens, Sachsens und der Schöpfer des Bundesgesetzbuches	41
6.2.	Namensrecht der Republik Österreich	42
7.	Vorschläge für normative Änderungen	45
7.1.	Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches	45
7.2.	Änderung des Minderheiten-Namensänderungsgesetzes	45
7.3.	Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Personenstandsgesetz	46
7.4.	Wer leitet die normative Änderung ein?	47
	Zusammenfassende Thesen	49
	Zjeće	50
	Anhang	
	Anhang 1: Beschluss des Amtsgerichts Cottbus vom 26. März 2010	51
	Anhang 2: Beschluss des Landgerichts Cottbus vom 12. Dezember 2013	55
	Anhang 3: Erklärung der Obersorbischen Sprachkommission vom 25. September 2000	63
	Anhang 4: Erklärung der Niedersorbischen Sprachkommission vom 24. März 2015	65
	Abkürzungsverzeichnis	66